

Lohnerhöhung für Beamte mitten in der Krise?



Am 7. Februar 2021:

Nein

zum
unausgewogenen
Budget 2021



Hermann Schlatter, SVP

Was es jetzt in der Corona-Krise braucht, ist eine Entlastung der Wirtschaft, und keine einseitigen Aufwandsteigerungen beim Staat, die dann wieder über Steuern finanziert werden müssen. Aus diesem Grund geht es nicht an, dass dem städtischen Personal neben dem grosszügigen Bonus von 700 000 Franken zusätzlich eine Lohnerhöhung bezahlt wird. Deshalb NEIN zum Budget 2021!



Stephan Schlatter, FDP

Der Vorschlag des linksgrünen Stadtrats, dem Personal eine Lohnerhöhung zu gewähren, obwohl in der Privatwirtschaft Kurzarbeit geleistet wird, wurde im Parlament von Mittellinks gegen den Willen der Bürgerlichen mit 19 zu 15 angenommen. Bereits heute geniesst das Staatspersonal de facto eine Jobgarantie und somit eine Besserstellung gegenüber allen privatwirtschaftlichen Angestellten. Darum NEIN zum Budget 21!

Thomas Stamm, SVP

Es ist Mumpitz, wenn die Gegner behaupten, die Stadt sei ohne Budget im Handeln eingeschränkt, die Kassen seien leer und es könne nicht mehr investiert werden. Kommt es am 7.2.21 zum NEIN, kann der Grosse Stadtrat bereits am 23. Februar 21 über ein revidiertes Budget beraten. Auch Investitionen in Zukunftsprojekte können weiterhin getätigt werden, dafür sorgen Jahr für Jahr höhere Steuereinnahmen, so im letzten Jahr weitere 20 Millionen Franken!



Severin Brüngger, FDP

Ein Nein zum Budget 2021 macht den Weg frei für eine bessere Lösung. Entweder es gibt zwar keine Steuerfussenkung, im Gegenzug wird aber auch auf eine Lohnsummen-erhöhung für das städtische Personal verzichtet oder der Rat kommt zum ursprünglichen und ausgewogenen, von der GPK vorgesehenen Kompromiss zurück, senkt die Steuern und es bleibt bei der Lohnsummen-erhöhung. Dies wäre den Staatsangestellten und den Steuerzahlenden gegenüber eine solidarische Lösung.



Mariano Fioretti, SVP

Ich stimme NEIN zum Budget 21, denn es kann nicht sein, dass in Zeiten der Corona-Krise, in der Schaffhausen einen traurigen Höchststand an Arbeitslosen verzeichnet, dem Staatspersonal eine Lohnerhöhung gegönnt wird, während Beschäftigten der Privatwirtschaft, die infolge von Kurzarbeit oder Entlassungen am meisten unter der Krise leiden, keine Steuersenkung zugestanden wird.



Sandra Schöpfer, EDU

Die Gegner übertreiben, wenn sie sagen, die Stadt sei völlig blockiert. Hier wird übertrieben und bewusst Unsicherheit verbreitet. Das Budgetreferendum ist ein legitimes demokratisches Recht. Die Stadt kann weiterhin alle gebundenen Ausgaben wie Löhne und ordentlichen Unterhalt, der vom Gewerbe geleistet wird, ohne Einschränkungen bezahlen. Ein NEIN ermöglicht ein ausgewogenes Budget.

Referendum gegen das unausgewogene Budget 2021 mit über 1200 gültigen Unterschriften eingereicht!

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Das Referendumskomitee empfiehlt Ihnen, am 7. Februar 2021 ein Nein zum Budget 2021 in die Urne zu legen. Dies aus den nachfolgenden Gründen:

- In Zeiten der Corona-Krise ist es nicht angebracht, dem Staatspersonal eine Lohnsummenentwicklung von 0,5% zu sprechen, wenn gleichzeitig in der Privatwirtschaft die Angestellten Kurzarbeit leisten müssen, Existenzängste vorhanden sind und Leute im schlimmsten Fall gar den Job verloren haben. Das Staatspersonal geniesst bereits heute de facto eine Jobgarantie und somit eine Besserstellung gegenüber allen Angestellten in der Privatwirtschaft.
- Die Rechnung 2020 der Stadt Schaffhausen wird mit einem Millionenüberschuss abschliessen. Dies dank den Unternehmenssteuern, die 20 Mio. Franken höher ausfallen, als bisher angenommen. Deshalb ist es durchaus angezeigt, dass in der Krise die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlastet werden. Dies wäre mit einer moderaten Steuerfusssenkung um 1% möglich.
- Ein Nein der Stimmbevölkerung zum Budget 2021 macht den Weg frei für eine bessere Lösung. Denkbar sind zwei Optionen:

Option 1: Es gibt zwar keine Steuersenkung, im Gegenzug wird aber auch auf eine Lohnsummenentwicklung für das städtische Personal verzichtet – dies aus Solidarität zu allen in der Privatwirtschaft angestellten Personen.

Option 2: Man kommt zum ursprünglich von der Geschäftsprüfungskommission vorgesehenen, ausgewogenen Kompromiss zurück, senkt die Steuern um 1% und bleibt bei der Lohnsummenentwicklung von 0,5%. Mit dieser Variante hätten in der momentanen Krisenzeit alle etwas vom erwarteten, überdurchschnittlich guten Abschluss der Stadt – nicht nur das Personal.

- Die vom Grossen Stadtrat beschlossene Einmalzulage in Höhe von 700 000 Franken für gute und sehr gute Leistungen der städtischen Angestellten während der Corona-Krise, unter anderem auch für das Pflegepersonal, ist von diesem Referendum nicht betroffen. Das Referendumskomitee steht hinter der Massnahme, dass Angestellte, welche ausserordentliche Leistungen aufgrund der Krisensituation zu verrichten hatten, dafür auch angemessen entschädigt werden.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung und Ihr Nein am 7. Februar 2021 zum Budget der Stadt Schaffhausen.

Überparteiliches Komitee «NEIN! zum Budget 2021»

Postfach 237, 8201 Schaffhausen IBAN: CH69 0028 7287 7007 94M1 J